

Klartext

aus Berlin und Augsburg

2016/1

Abgeordnetenbrief
Ulrike Bahr



Foto: Henning Schacht

ZUR SACHE

Liebe Leserinnen und Leser,

im letzten Jahr hat mehr als eine Million Menschen in Deutschland Schutz und ein besseres Leben gesucht. Ihre Integration ist eine zentrale politische Aufgabe. Wir müssen sie bewältigen, ohne die Menschen zu vergessen, die schon lange hier leben und ebenfalls Hilfe brauchen. Dabei hilft uns die gute wirtschaftliche Lage, in der Deutschland und besonders Bayern sich befinden. Die SPD setzt sich darum für ein umfangreiches Integrationspaket ein, für mehr bezahlbare Wohnungen, Bildung von Anfang an und gute Arbeit—für alle Menschen in Deutschland.

Bezahlbare Wohnungen sind in allen Ballungsgebieten Mangelware, auch in Augsburg. Wir brauchen rund 350.000 neue Wohnungen pro Jahr, um den Bedarf zu decken. Der Bund wird dies mit einer Milliarde Euro jährlich unterstützen. Für die nächsten vier Jahre möchte die SPD diesen Betrag verdoppeln.

Viele Zugewanderte haben kleine Kinder, die von Anfang an Deutsch lernen und eine gute Bildung erhalten sollen. Dazu gibt es vom Bund Zuschüsse für 80.000 zusätzliche Kita-Plätze. In Augsburg und Königsbrunn erhalten 10 Kitas Zuschüsse aus dem Bundesprogramm für Sprach-Kitas. Damit wird zusätzliches Personal finanziert, das direkt mit den Kindern und mit den Erzieherinnen und Erziehern Impulse für eine gute Sprachförderung setzt. Dies kommt besonders Kindern mit Deutsch als Zweitsprache, aber auch Kindern mit Hör- oder Sprachentwicklungsproblemen zu Gute.

Wir machen uns auch stark für Ganztagschulen, zusätzliche Lehrkräfte und mehr Schulsozialarbeit. Da die Schulpolitik reine Ländersache ist, müssen wir dafür in Bayern aber noch Überzeugungsarbeit leisten.

Besonders wichtig ist es, junge Menschen nach der Schule schnell in gute Ausbildung und Arbeit zu bringen, damit sie unabhängig von staatlichen Leistungen ihr Leben selbstbestimmt gestalten können. Darum freue ich mich sehr, dass Augsburg mit einer Jugendberufsagentur schwaben-

weit vorangeht. Reinhold Demel, Geschäftsführer der Augsburger Arbeitsagentur, hat mir in einem Gespräch Anfang März sehr plastisch erläutert, wie mit einer besser vernetzten Zusammenarbeit der Jugendhilfe und des Jobcenters Jugendliche eine passgenaue Unterstützung erhalten, um erfolgreich eine Ausbildung zu machen. Dieses Angebot steht selbstverständlich allen Jugendlichen unabhängig von der Herkunft zur Verfügung.

Die Zuwanderung weckt auch Ängste und Sorgen, die wir ernst nehmen. Mehr Stellen für die Bundespolizei und beim Bundeskriminalamt sind bereits bewilligt, Prävention schreiben wir groß. Ich wende mich aber entschieden gegen alle, die Ängste und Sorgen missbrauchen, um Hass und Hetze gegen Geflüchtete zu schüren. Das spaltet unsere Gesellschaft. Gerade in der Friedensstadt Augsburg haben wir gute Erfahrungen mit dem friedlichen Zusammenleben vieler Kulturen. Arbeiten wir dafür, dass wir weiter ein mutiges, demokratisches und solidarisches Land bleiben!

Herzlich, Ihre

ENTGELTGLEICHHEIT JETZT!

Frauen verdienen in Deutschland durchschnittlich immer noch 21% weniger als Männer. Am Equal Pay Day, dem 19.03.2016, machte ein breites Bündnis aus Frauenorganisationen, Gewerkschaften und Parteien darauf aufmerksam, dass sich seit Jahren hier nur wenig verbessert. Auch wenn Frauen und Männer genau die gleiche Tätigkeit ausüben, werden Frauen im Durchschnitt schlechter bezahlt.

Aber das soll sich bald ändern: Mit einem Gesetz für mehr Lohngerechtigkeit, das Manuela Schwesig vorbereitet, erhalten Frauen und Männer einen Anspruch auf Auskunft über die Lohnstruk-



Foto: Ruth Vornefeld



Foto: Ruth Vornefeld

Equal Pay Day am Brandenburger Tor

turen in ihrem Betrieb. Mehr Transparenz ist hier die wichtige Stellschraube. Denn nur wer weiß, wie viel die anderen verdienen, kann erkennen, ob er oder sie diskriminiert wird.

Ein weiterer wichtiger Schritt wird es sein, typische Frauenberufe aufzuwerten. Viele Frauen entscheiden sich für soziale Berufe, zum Beispiel in der Pflege und Kinderbetreuung. Obwohl Fachkräfte dort händierend gesucht werden, sind Bezahlung und Aufstiegschancen wesentlich schlechter als in typischen Männerberufen in der Industrie. Frauen sollten künftig einerseits die Verdienst- und Aufstiegschancen in die

Berufswahl einbeziehen und andererseits gemeinsam mit den Männern für eine bessere Bezahlung sozialer Berufe kämpfen.

NEUE WEGE IN PFLEGEBERUFE

Die Bundesregierung möchte die Pflegeausbildung neu regeln. Ein entsprechender Gesetzentwurf wird jetzt im Bundestag beraten.

Dabei sollen die bislang getrennten Ausbildungswege für Krankenpflege,

AUS Berlin



Foto: SPD Fraktion, Jugendforum

Kinderkrankenpflege und Altenpflege zu einer gemeinsamen Ausbildung zusammengeführt werden. Eine Spezialisierung erfolgt erst in Vertiefungsmodulen. Auszubildende sollen kein Schulgeld mehr zahlen müssen, sondern eine Ausbildungsvergütung erhalten.

Berlin Termine X

11.04.2016 | 14:00 Uhr

Gespräch zum Pflegeberufegesetz mit Frau Dr. Elisabeth Fix, Deutscher Caritasverband

13.04.2016 | 14:30 Uhr

Offene AG Bürgerschaftliches Engagement zur Engagementstrategie des Bundesfamilienministeriums

27.04.2016 | 17:00 Uhr

Podiumsdiskussion „Zeitsouveränität verbessern“ der Arbeitsgemeinschaft Zeitwertkonktonen e.V. im Allianz Forum Berlin

Neben der Fachkraftausbildung kann man sich künftig auch in einem dreijährigen Studium für Leitungsaufgaben in der Pflege qualifizieren. Auf beiden Wegen kann man den neuen Abschluss „Pflegefachfrau“ / „Pflegefachmann“ erwerben.

Mit dieser Reform wollen wir Pflegeberufe attraktiver machen, Pflegende besser und breiter qualifizieren und mit Aufstiegschancen und breiteren Arbeitsfeldern die Verweildauer im Beruf erhöhen. Denn bislang entscheiden sich zu wenige junge Menschen für die Arbeit in der Pflege. Sie bleiben auch durchschnittlich nur acht Jahre im Beruf. Viel zu kurz für den Bedarf.



Foto: Angelika Lonnemann



Foto: Ruth Vornefeld

Red Hand Day im Bundestag und in der Schillerschule, Augsburg

AKTIONEN ZUM RED HAND DAY

Mit Aktionen im Bundestag und an zwei Augsburger Schulen protestierten auch dieses Jahr wieder viele Kinder, Jugendliche und Abgeordnete gegen den Einsatz von Kindern als Soldaten. Wegen der vielen Kriege und Bürgerkriege müssen weltweit etwa 250.000 Kinder Militärdienst leisten.

Die Rote-Hand-Aktion sensibilisiert jedes Jahr für dieses Unrecht und macht sich stark für das Kinderrecht auf Bildung und ein Leben ohne Gewalt. Dieses Jahr waren auch Kinder dabei, die vor dem Krieg in Syrien geflüchtet sind.

SCHWABENREISE ZWISCHEN KLOSTER UND HUBSCHRAUBERN

„Den Ball, den greif´ ich mir! Wann hat man schon mal so viele Bundestagsabgeordneten zu Besuch?“ - so wie Hildegard Schwering, Personalratsvorsitzende im Klinikum Augsburg, ging es vielen Gesprächspartnern während einer Schwabenreise, zu der die schwäbischen Bundestagsabgeordneten Gabriele Fograscher, Dr. Karl-Heinz Brunner und ich unsere bayerischen Kollegen eingeladen hatten. Wir Abgeordneten wurden dabei an zwei Tagen mit vielen Themen und Herausforderungen von Menschen und Einrichtungen konfron-



tiert. Im Stadtteil Augsburg-Firnhaberau besuchten wir ein Haus mit Modellcharakter. Die Stadt betreibt darin einen Mehrgenerationentreff, die AWO bietet dort Tagespflege und der ASB betreibt ein Inklusionsprojekt.

In Günzburg kamen wir auf Vermittlung von Karl-Heinz Brunner mit Kommunalpolitikern zusammen, in Wettenhausen sahen wir den Charme und die Tristesse einer Klosteranlage, bei Airbus Helicopters in Donauwörth durften wir die Fertigungshallen besichtigen. Überall wurden wir ins Vertrauen gezogen und konnten so viele Eindrücke mitnehmen: sachliche Informationen, Einschätzungen und emotionale Gespräche. Natürlich haben wir jetzt viele Anregungen

und Vorschläge im Gepäck, die wir in Berlin in unsere Arbeit einfließen lassen werden.

FRAUENTAG 2016

„Wenn Frau und Mann das Gleiche tun, so ist das noch lange nicht dasselbe“ - es wird nicht gleich bezahlt, es wird nicht gleich bewertet, es ist nicht das gleiche Wohlwollen spürbar. Davon berichtete auf dem Empfang anlässlich des internationalen Frauentags im Augs-

AUS
Augsburg



burger Rathaus die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Augsburg, Birgit Weindl.

Im Rahmen der anfangs beschriebenen Schwabenreise hörten unsere männlichen Kollegen, Dr. Karl-Heinz Brunner und Martin Burkert, den Vortrag von Bascha Mika, der Chefredakteurin der Frankfurter Rundschau. „Bezüglich der Durchsetzung unserer Rechte als Frauen sind wir in einem gesellschaftlichen Zustand der verbalen Aufgeschlossenheit bei gleichzeitiger Verhaltensstarre“, so Mika sarkastisch.

Der Frauentag war für mich auch Anlass, gemeinsam mit Juso-Vertretern Frauen am Königsplatz und in einer

Flüchtlingsfrauenunterkunft eine Rose zu überreichen. Denn egal, wo wir herkommen oder wo wir heute leben: Frauensolidarität muss international funktionieren!

WERTSCHÄTZUNG FÜR FLÜCHTLINGSHELFER

Für Mitte Februar hatte ich 49 Menschen aus meinem Wahlkreis Augsburg und Königsbrunn zu einer Fahrt ins politische Berlin eingeladen. Die Teilnehmer, hauptamtlich oder ehrenamtlich mit Flüchtlingen beschäftigt, bekamen viele Eindrücke einer spannenden Stadt und von meiner Arbeit. Stationen waren unter anderem die SPD-Zentrale im Wil-



ly-Brandt-Haus, der Bundestag und das Bundeskanzleramt.

Die Augsburger Stadtgesellschaft ist dabei, sich zu verändern. Flüchtlinge im Supermarkt, im Bus oder im Nachbarhaus: Das löst bei manchen Menschen Angst und Ablehnung, bei anderen Empathie und Solidarität aus. Denen, die spontan mitangepackt haben, als es in Augsburg plötzlich viele Flüchtlinge gab, wollte ich mit meiner Einladung zeigen, dass ihr Engagement wahrgenommen wird. Als Politikerin bin ich dankbar für die gelebte Menschlichkeit und dankbar für das Bild, das dadurch von Deutschland entsteht. Ich wünsche mir Deutschland als ein solidarisches, warmherziges Land. Für brennende Asylbewerberheime müssen wir uns schämen“.

MIT AMORE UND LUFTBALLONS GEGEN FREMDENHASS

Im Augsburger Rathaus veranstaltete die AfD am 12. Februar einen Neujahrsempfang, zu dem die AfD-Vorsitzende Frauke Petry eingeladen war. Der Augsburger OB Dr. Kurt Gribl erteilte Petry ein Hausverbot, weil er Petrys Äußerungen, Grenzpolizisten sollten Schusswaffen gegen Flüchtlinge einsetzen, als eine "unerträgliche Verletzung des Sittlichkeits- und Anstandsempfindens" verurteilte. Der Aufenthalt von Frauke Petry im Augsburger Rathaus sei nicht mit der Friedensstadt Augsburg kompatibel.

Das Verwaltungsgericht kippte das Hausverbot. Das Bündnis für Menschenwürde und die Stadt Augsburg luden zur Mahnwache auf dem Rathausplatz. Gemeinsam sangen rund 3.000 Augsburger Beethovens „Freude schöner Götterfunken“ und stimmten mit ein, als ein Chor des Augsburger Theaters „Let the sun



Foto: Angelika Lonnemann

shine“ sang. Hunderte weißer Luftballons, beschriftet mit "Amore statt Peng-Peng", stiegen in den Himmel. Mich hat beeindruckt, dass Augsburg mit der Mahnwache überwältigend Profil gezeigt hat – parteiübergreifend und solidarisch. Dennoch gibt es noch viel zu tun. Wir müssen alles unterstützen und fördern, was den Zusammenhalt der Gesellschaft fördert und garantiert.

ZWISCHEN TERROR UND RASSISMUS: INNERE SICHERHEIT

Unser Sicherheitsgefühl hat sehr gelitten, etwa durch die Terroranschläge des sogenannten Islamischen Staats in Paris und Istanbul, die Übergriffe in der Silvesternacht in Köln, die große Zahl von Anschlägen auf Asylbewerber-

runterkünfte und durch Gewalttaten mit fremdenfeindlichem Hintergrund. Anfang März habe ich deshalb in Augsburg zu einer Diskussionsveranstaltung eingeladen, um mit meinem Fraktionskollegen Uli Grötsch, dem Augsburger Polizei-Vizepräsidenten Norbert Zink und weiteren Experten über dieses Thema zu sprechen. Wie können wir Ängsten in der Bevölkerung entgegenwirken? Wie schützen wir vor Kriminalität?

Uli Grötsch forderte in seinem Vortrag eine bessere Ausrüstung der Polizei und mehr Personal. Viele Beamte werden in den nächsten Jahren in den Ruhestand gehen. Der Nachwuchs müsse rechtzeitig eingestellt werden. Gerade im Bereich des islamisch begründeten Terrorismus wie auch bei fremdenfeindlichen Straftaten setzt Grötsch aber auch auf Vorbeugung: er lobte ausdrücklich das bayernweite Netzwerk zur Prävention gegen Salafismus, das auch in Augsburg einen Standort hat. Es



Foto: Angelika Lonnemann

Von links: Stadträtin Anna Rasehorn, MdL Harald Güller, MdB Ulrike Bahr, MdB Uli Grötsch, Ordnungsreferent Dirk Wurm und Polizeivizepräsident Norbert Zink.

war richtig, die Mittel für das Bundesprogramm „Demokratie leben“ aufzustocken, das Projekte gegen Rechtsextremismus und islamischen Fundamentalismus finanziert.

Vor Ort helfen auch Trainings, ein besseres Sicherheitsgefühl zu gewinnen. Das Augsburger Polizeipräsidium veranstaltet etwa „Kurse für Zivilcourage“. Im Januar nach den Kölner Ereignissen waren diese besonders bei jungen Frauen gefragt. Inzwischen ist die Nachfrage aber wieder stark zurückgegangen.

In der Diskussion zeigte sich, welch ein spannungsreiches Feld die innere

Sicherheit ist. Die Videoüberwachung fand sowohl überzeugte Verfechter als auch scharfe Kritiker. Die Terrorgefahr in Deutschland schätzten die Gäste ebenfalls unterschiedlich ein. Die Innenpolitiker sind darum weiterhin gefordert, die öffentliche Sicherheit mit Augenmaß zu stärken: mit mehr Personal für Polizei des Bundes und der Länder, mit intelligenter Vernetzung der Sicherheitsbehörden, aber auch mit Präventionsarbeit. Unsere Freiheiten sollten wir dabei nicht leichtfertig aufgeben. Denn Freiheit und Sicherheit müssen in der Balance bleiben!



Foto: Angelika Lonnemann

Augsburg Termine X

05.04.2016 | 18:30 Uhr

Aufstehen und Handeln: Rechtsextreme Haltungen erkennen und bekämpfen. Diskussion mit Dr. Ralf Melzer, Neue Stadtbücherei

22.04.2016 | 18:30 Uhr

Fluchtursachen. Fraktion vor Ort mit Gabriela Heinrich, MdB; Neue Stadtbücherei

03.05.2016 | 19:00 Uhr

„Blut muss fließen“ - Filmvorführung und Podiumsdiskussion, gemeinsam mit dem AstA, Universität Augsburg, Hörsaal 2

04.05.2016 | 19:00 Uhr

Neues Miteinander. Wie gelingt Integration? Fraktion vor Ort mit Gabriele Fograscher, MdB, Neue Stadtbücherei

Impressum

V. i. S. d. P.: Ulrike Bahr, Schaezlerstraße 13, 86150 Augsburg

Redaktion: Dr. Ruth Vornefeld, Tel. 030 22777283, ulrike.bahr.ma01@bundestag.de